

seitenblick



Die (Un-)Abhängigkeit gegenüber Andermatt

Unabhängigkeit ist für viele Journalistinnen und Journalisten ein Grundprinzip, eine Art Magna Charta. Gewissenhafte Berufsvertreter laufen Sturm, wenn Verleger aus politischen oder Inserenten aus wirtschaftlichen Gründen auf den Inhalt einer Zeitung Einfluss nehmen wollen. Sie mögen auch nur schon die Nase rümpfen, wenn Berufskollegen zu nahe mit politischen Informanten verhandelt sind. Denn ihr Berufsverständnis ist klar: Medien sind die vierte Gewalt im Staatswesen, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorgänge kritisch und eben unabhängig durchleuchten.

Im Zeitalter des aufkommenden Thesenjournalismus, Peoplekults und belangloser Lifestylekolumnen mag diese Auffassung zwar mehr und mehr schwinden. Und selbstverständlich legen auch nicht alle Berufsvertreter die gleich eiserne Auslegung dieses Ethos an den Tag.

Nun aber ist ein Fall aufgetreten, bei dem die ganze Schweizer Medienszene nur mit Kopfschütteln reagiert: Journa-

listen der «Neuen Urner Zeitung» und des «Urner Wochenblatts» haben in ihren Medien nicht nur (äusserst wohlwollende) Artikel über Samih Sawiris' Megaresort in Andermatt verfasst, sondern liessen sich gleichzeitig von seiner Firma für PR-Artikel bezahlen.

Dies sei eine «eindeutige Verletzung der journalistischen Unabhängigkeit», monierte der Präsident des Schweizer Presserats prompt gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Doch die Chefredaktoren der beiden Urner Medien wiegelten ab und fanden diese Verstrickungen unproblematisch. So, wie die lokalen Medien etwa auch keine Probleme darin sahen, dass der Leiter des kantonalen Amtes für Umweltschutz gleichzeitig kantonaler Gesamtprojektleiter für das Tourismusresort und den Ausbau der Skiinfrastruktur ist.

Und so muss man vor allem in auswärtigen (unabhängigen) Zeitungen lesen, dass beim Megaprojekt Andermatt unberührte Berglandschaften zerstört werden sowie riesige Energie- und Wassermengen

für die künstliche Beschneidung benötigt würden. Oder dass Gesetze ausser Kraft gesetzt werden, Steuererleichterungen im dreistelligen Millionenbereich in Aussicht gestellt worden sind, zusätzlich Dutzende Millionen Franken von Staatsgeldern nachgeschoben werden und dass der Verkauf von Luxusvillen harzt – respektive, dass sie von einer zur nächsten Firma verschoben werden.

Man möchte meinen, dass auch beim gigantischen Andermatt-Projekt – das für das Urnerland nicht nur die erhofften ökonomischen Chancen, sondern auch zahlreiche Risiken birgt – eine kritische Berichterstattung vor Ort gefragt sei. Doch warum solche Aspekte keinen Platz finden (dürfen), hat einer der PR-Redaktoren in einem Titel wohl schon selbst vorweggenommen: «Gehts Sawiris schlecht, gehts allen schlecht». Das ganze Urnerland ist also vom Heilbringer Samih Sawiris abhängig, und deshalb hat unabhängige Kritik keinen Platz.

RAPHAEL WEBER, Chefredaktor
Pro Natura Magazin

Was die Bevölkerung von der Jagd hält

Eine Umfrage von JagdSchweiz sagt es klipp und klar: Herr und Frau Schweizer sind der Meinung, dass sich Jäger für die Natur und Artenvielfalt einsetzen und ihre Sache gut machen. Pro Natura hat 2009 eine Umfrage zur Jagd auf geschützte und gefährdete Arten durchgeführt. Sie wurde von Jägerseite als tendenziös bezeichnet. Sie war es aber genauso wenig wie die jetzt vorliegende Umfrage.

Der Vergleich der beiden repräsentativen Umfragen ergibt ein paar spannende Aussagen: Die Zustimmung der Bevölkerung zur Regulation von grossen Raubtier-

beständen ist mit 67 Prozent gemäss der Umfrage von JagdSchweiz relativ hoch. Jedoch sprachen sich 72 Prozent in der Pro Natura-Umfrage dagegen aus, geschützte Tiere wie Luchs oder Wolf abzuschliessen, damit der Bestand an jagdbaren Tieren für die Jagd konstant bleibt. «Viele Grossraubtiere» (Fragestellung JagdSchweiz) assoziieren die Befragten also mit «zu vielen». Sie sind aber nicht bereit, Abschüsse zu akzeptieren, von denen die Jagd profitiert.

Interessant ist auch die Frage, ob Jäger sich für seltene Tierarten einsetzen. Die Antwort ist in der Medienmitteilung

nicht zu finden, vielleicht weil die Frage nur 52 Prozent bejahten. In der Pro Natura-Umfrage sagten 57 Prozent, dass gefährdete Arten gesetzlich geschützt werden sollen. Ein freiwilliger Verzicht auf die Jagd gefährdeter Arten wäre eine Möglichkeit, dieses Engagement zu verdeutlichen.

JagdSchweiz versteht das Resultat der Umfrage als Auftrag für die Zukunft. Der eingeschlagene Weg, dass sich die Jagd nicht nur um das Abschliessen von Tieren kümmert, sondern sich für den Erhalt der Natur und Artenvielfalt einsetzen möchte, ist erfreulich. **mb**